

GEMEINDE WETTENBERG

DER GEMEINDEVORSTAND



Gemeinde Wettenberg • Postfach 11 46 • 35429 Wettenberg

An den
Hessischen Städte- und Gemeindebund

Fachbereich I

Organisation, zentrale Dienste und Personal

Auskunft erteilt: Frau Eichstädt
Unser Zeichen:
Ihr Zeichen:
Telefon: 0641 804-26
Fax: 0641 804-66
E-Mail: carina.eichstaedt@wettenberg.de
Datum: 07.04.2015

Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs 2016

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Wettenberg stellt fest, dass der vorliegende Gesetzentwurf des Hessischen Ministeriums der Finanzen für ein Gesetz zur Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen zur Lösung der Finanzprobleme der hessischen Kommunen ungeeignet ist.

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand, alle erforderlichen Schritte zu veranlassen, damit die Hessische Landesregierung ihre bisherigen Vorschläge zu Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs zurückzieht und im Sinne einer kommunalfreundlichen Politik überarbeitet.

Begründung:

Die vorgesehene Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Land und Kommunen weist inakzeptable Mängel auf. Anstatt die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern und die Finanzierungsvorgaben des Hessischen Staatsgerichtshofs zu erfüllen, dient der vorgelegte Gesetzentwurf einzig und allein dem Zweck, die notwendigen Leistungen des Landes gegenüber den Kommunen herunter zu rechnen und den Umfang auf dem bisherigen, für die Finanzierung der Kommunen unzureichenden Niveau zu halten. Offenbar ist der Gesetzentwurf vom Ergebnis her und mit der Maßgabe entwickelt worden, dass das Land darum herumkommt, die Kommunen finanziell ausreichend auszustatten.

Anstatt den Kommunen im Wege des vertikalen Finanzausgleichs zwischen Land und Kommunen insgesamt ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, werden angeblich finanzstarke Kommunen im Wege des „horizontalen Finanzausgleichs“, also durch Umverteilung unter den Städten und Gemeinden, zur Kasse gebeten. So führen nach dem vorliegenden Entwurf Mehreinnahmen der Kommunen nur dazu, dass sich die Zuwendungen des Landes in den kommunalen Finanzausgleich reduzieren. Kommunen, die – wie Wettenberg – erfolgreich eigene Anstrengungen geleistet haben (über 3 Millionen € Schuldenabbau und ausge-

Gemeindekasse Wettenberg

Sparkasse Wetzlar, Bankleitzahl 515 500 35, Konto 23 000 094,
IBAN: DE 43 5155 0035 0023 0000 94; BIC: HELADEF1WET

Volksbank Mittelhessen eG, Bankleitzahl 513 900 00, Konto 100 949 09,
IBAN: DE 73 5139 0000 0010 0949 09; BIC: VBMHDE5F

Volksbank Wißmar eG, Bankleitzahl 500 699 76, Konto 107 999,
IBAN: DE 95 5006 9976 0000 1079 99; BIC: GENODE51WWI

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer 020 226 80392
(nur für Betriebe gewerblicher Art der Gemeinde Wettenberg)

Öffnungszeiten:

Mo.: 8:00 -12:00 u. 14:00 - 18:00 Uhr
Di.: 8:00 -12:00 u. 14:00 - 15:30 Uhr
Mi.: Termine nach Vereinbarung möglich
Do.: 8:00 -12:00 u. 14:00 - 15:30 Uhr
Fr.: 8:00 - 12:00 Uhr

Besucheranschrift:

Sorguesplatz 1-3, 35435 Wettenberg
E-Mail: gemeinde@wettenberg.de
Internet: www.wettenberg.de

Barrierefreier Eingang



Nahverkehrsanbindung
Linie 802 Hainweg
Linie 82 Hainweg



glichener Haushalt), werden „bestraft“, indem ihre Einnahmen abgeschöpft werden. Für die Gemeinde Wettenberg bedeutet dies, dass sich laut Modellrechnung vom 27. Januar 2015 die Schlüsselzuweisung um 93.429,00 EUR verringert. Statt einer solchen Umverteilung auf kommunaler Ebene wäre es erforderlich, den Kommunen insgesamt ausreichend Finanzmittel zuzuweisen und Kommunen, die erfolgreich ihre Haushalte zum Wohle der Bürger gestalten und Schulden abbauen, z. B. durch ein Bonussystem zu belohnen.

Grundsätzlich krankt der vorliegende Entwurf daran, dass den Gemeinden nach wie vor ausreichende Mittel für die Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben und für die Durchführung erforderlicher Strukturreformen, z. B. gegen die Auswirkungen den Demografischen Wandels, verwehrt werden. Stattdessen werden die örtlichen Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten durch vermehrte Auflagen der Kommunalaufsicht auf Weisung des Landes Hessen weiter ausgehöhlt und der Spielraum für freiwillige bzw. überdurchschnittliche Leistungen (z. B. in der Kinderbetreuung) verkürzt.

Das von der Landesregierung vorgelegte Modell läuft darauf hinaus, dass das Land den Kommunen nicht mehr Landesmittel zur Verfügung stellt, obwohl sich das Finanzierungsdefizit der hessischen Kommunen im Jahr 2013 auf rund 1,1 Milliarden Euro belaufen hat. Die hessischen Kommunen weisen damit das mit Abstand höchste Defizit der bundesdeutschen Kommunen auf, die insgesamt einen Überschuss von 1,05 Milliarden Euro erwirtschaften konnten. Diese Finanzierungslücke wird durch die vorgesehene Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs nichts adressiert. Vielmehr soll die Finanzlücke geschlossen werden in dem Kommunen – u. a. durch Verschärfung der Kommunalaufsicht – gezwungen werden, ihre Leistungen zu kürzen und ihre kommunalen Steuern und Abgaben zu erhöhen. Die sogenannten Nivellierungshebesätze sind hierzu ein erster Schritt. Mit ihnen werden die Kommunen gezwungen, bestimmte kommunale Steuern auf ein vom Land vorgegebenes Mindestmaß zu erhöhen. So wird die Gemeinde Wettenberg ab 2016 durch Mehrabgaben bestraft, wenn sie nicht die Grundsteuer B von den beschlossenen 340 % auf 365 % erhöht. Bei der Grundsteuer A ist vom Land eine Erhöhung von 280 % auf 332 % gefordert.

Eine weitere Belastung droht der Gemeinde Wettenberg durch die Anhebung der Hebesätze des Kreises. Der Landkreis Gießen hat bereits seine Hebesätze für die Kreis- und Schulumlage im Jahr 2016 mit insgesamt 58 % beschlossen. Hierdurch ergibt sich für die Gemeinde Wettenberg eine Mehrbelastung von mindestens 450.000 EUR. Soweit der Gesetzesentwurf davon ausgeht, die Belastung der Kommunen könne durch eine zwangsweise, vom Land verordnete Senkung der Hebesätze der Landkreise reduziert werden, bestehen gegen diesen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung der Landkreise erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken.

Im Ergebnis ist der vorliegende Gesetzesentwurf untauglich, da er Kommunen bei der Gemeinde Wettenberg für ihre Erfolge bei der Konsolidierung der Haushalte und der Gestaltung des Demografischen Wandels bestraft, anstatt die Finanzausstattung der Gemeinden auf das verfassungsrechtlich verankerte Maß anzuheben. Von einer kommunalfreundlichen Landesregierung erwarten wir stattdessen, dass sie die chronische Unterfinanzierung der Kommunen beendet, anstatt Kommunen zur Kürzung ihrer Leistungen und zur Anhebung ihrer Abgaben zu zwingen und erfolgreich wirtschaftende Kommunen zu bestrafen.